

1 <https://beschluss.gruene-hamburg.de/2021/05/30/antifaschismus-heisst-konsequente-aufklaerungoffenlegung-von-rechtsextremen-strukturen-und-strukturellem-rassismus/>

2 ebenda

3 <https://www.gruene-hamburg.de/zukunftsprogramm/>

4 Protokoll des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags, 19. Sitzung, 14.6.2012, Vernehmung des Zeugen Felix Schwarz, <https://dserver.bundestag.de/btd/17/CD14600/Protokolle/Protokoll-Nr%2019.pdf>, S. 87

5 <https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/rassismus-rechtsextremismus-muessen-deutschland-endlichwirksam-bekaempft>

6 Plenarprotokoll 20/100 S. 7493



**22 JAHRE NSU-MORD AN
SÜLEYMAN TAŞKÖPRÜ –
11 JAHRE KEINE AUFKLÄRUNG!**

PUA JETZT!



www.keine-stimme-den-nazis.org

Vi.S.d.P. Cornelia Kerth c/o VVN BdA, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg

Liebe Mitglieder der Grünen,

wir wollen Euren Neujahrs-Empfang zum Anlass nehmen Euch an den Beschluss vom 30. Mai 2021 zu erinnern. Euer höchstes Entscheidungsgremium, die Landesmitgliederversammlung (LMV), entschied damals, dass es einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) mit dem Titel „Antifaschismus heißt konsequente Aufklärung, Offenlegung von rechtsextremen Strukturen und strukturellem Rassismus“¹ geben soll, in dem auch die Aufklärung des Hamburger NSU-Mordes an Süleyman Taşköprü betrieben werden solle. Geschehen ist in dieser Hinsicht bisher wenig, ein Antrag wurde bis heute, 19 Monate später, nicht gestellt. Obwohl Ihr erklärt hattet: „NSU-Aufklärung, die mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet. Das können wir ändern. Das müssen wir ändern.“²

Am 27. Juni 2001, wurde der Hamburger Süleyman Taşköprü von dem Nazi-Netzwerk NSU in der Altonaer Schützenstraße ermordet. Vor gut 11 Jahren enttarnte sich die Terrorgruppe selbst und es trat ein systematisches Behördenversagen in Deutschland zu tage. Neun von zehn der Mordopfer des NSU hatten einen Migrationshintergrund. Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienst hatten einen möglichen rassistischen Hintergrund ausgeblendet und stattdessen bei den Neun vor allem deren Angehörige und das persönliche Umfeld verdächtigt. In allen Bundesländern mit NSU-Bezug und im Bundestag gab es deshalb mindestens einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) um dieses Versagen, ja teilweise aktives Vertuschen, aufzuklären.

Insgesamt gab es 14 PUAs, nur nicht in Hamburg. Seit 11 Jahren warten die Angehörigen von Süleyman Taşköprü, sein Freundeskreis, die migrantischen Communities, insbesondere die türkische, und die Öffentlichkeit auch in unserer Stadt auf Aufklärung.

Struktureller Rassismus

In Eurem Landesprogramm schreibt Ihr „Wir verstehen uns als Teil der antifaschistischen Zivilgesellschaft“³. Gerade in Hamburg waren die Polizei, die Staatsanwaltschaft und der Verfassungsschutz besonders eifrig dabei, die Spuren Richtung Neo-Nazi-Morde zu ignorieren oder gar zu vertuschen und stattdessen ausschließlich die Hypothese „Organisierte Kriminalität“ (OK) im Umfeld des Mordopfers zu verfolgen. Der Leiter der Ermittlungsgruppe, Kriminaloberrat Felix Schwarz und die Mehrheit seiner Ermittler kamen aus der Abteilung OK. Sie bogen alle Ermittlungsansätze in diese Richtung, lehnte die These rassistische Mordserie, die in anderen Bundesländern zumindest erwogen wurde, ab und fragten stattdessen lieber mittels Wahrsager im Jenseits nach den Mördern. Sie bezeichneten das Opfer in den Akten mit einem Schimpfwort und benutzten ressentiment-geladene Stereotype in ihren Ermittlungen. Aussagen von Zeugen, dass es auch eine neonazistische oder fremdenfeindliche Mordserie sein könne, wurden konsequent ausgeblendet oder abgeschwächt. Das begann schon mit der allerersten Zeugenaussage des Vaters von Süleyman Taşköprü, der „Deutsche“ am Tatort gesehen hatte. Bei einer späteren Befragung war Vater Taşköprü sogar in der Lage einen der Mörder auf einem vorgelegten Phantombild zu identifizieren. Doch auch dies wurde von der Hamburger Soko konsequent zu den Akten gelegt und vertuscht. Die SPD-Obfrau im ersten PUA des Bundestages, Eva Högl, stellte 2012 bei der Befragung des Hamburger Chefermittlers Schwarz fest: „Ist das üblich, dass Sie sagen: ‚Im Fokus stand fremdenfeindlicher Hintergrund der Täter; wir haben alles getan in Richtung Rechtsextremismus‘, dass wir dazu nicht eine Silbe in den Unterlagen haben?“⁴ In Hamburg wurde nach dem Mord keinen Millimeter in Richtung Neonazismus ermittelt. Bei der Vorstellung des ersten PUA-Berichts des Bundestages erklärte die SPD-Bundestagsfraktion: „Die Ermittlungen zu der Mordserie und zu den beiden Sprengstoffattentaten in Köln waren von Beginn an – und letztlich bis zum Schluss – ein-

seitig auf das Umfeld der Opfer konzentriert. Jegliche Offenheit für Ermittlungen in andere Richtungen fehlte. Für uns hat die Ausschussarbeit gezeigt, dass dies zu einem großen Teil auf routinierte, oftmals rassistisch geprägte, Verdachts- und Vorurteilsstrukturen in der Polizei zurückzuführen ist.“⁵

„Völlig unzureichende Qualität“

Der Hamburger Senat (damals nur SPD) erstellte 2014 einen 87-seitigen Bericht (Drucksache 20/11661) der in seinem Vorwort behauptet, er entspräche einem Bericht eines PUA auf Bundesebene. Der erste PUA-Bericht des Bundestages hatte jedoch 1357 Seiten. Mit den eigentlichen Hamburger Ermittlungen im Mordfall Tasköprü befassen sich gerade mal 5 Seiten. Und diese sind von Auslassungen, Halbwahrheiten und teilweise sogar falschen Darstellungen geprägt. Kein Wunder, denn schließlich verfassten diesen Bericht diejenigen, welche versagt und vertuscht hatten. Eine Überprüfung anhand der original Ermittlungsakten war jedoch auch Euren Abgeordneten nicht möglich, weil es ja keinen PUA mit Beweisbeschlüssen, Akten-Anforderungen und Zeugen-Vorladungen unter Eid gab.

Liebe Grüne, als Ihr noch in der Opposition wart, habt Ihr diesen Senats-Bericht in der Luft zerfetzt: „Wenn man sich den Bericht anschaut, dann hat er schlicht und einfach eine völlig unzureichende Qualität, um die Fehler, die in den Hamburger Behörden gemacht worden sind, auch nur ansatzweise zu erkennen.“⁶

Wir brauchen einen PUA-NSU

Im Sommer 2021 bekräftigte der Neffe von Süleyman Taşköprü nochmals: „Vor allem wünschen wir uns als Familie Taşköprü einen Untersuchungsausschuss in Hamburg. Die Aufklärung ist der einzige Weg mit den Schmerzen abschließen zu können.“

Der Brandanschlag von Saarlouis bei dem Samuel Yeboah 1991 umgebracht wurde und die jetzt wieder aufgenommenen Ermittlungen zeigen, dass Aufklärung auch noch nach vielen Jahren möglich und nötig ist. Und die rassistischen und neonazistischen Mordanschläge der letzten Jahre in München, Kassel, Halle und Hanau sowie die kürzlich erfolgten Razzien im Reichsbürger-Milieu zeigen, dass es eine anhaltende rechtsterroristische Gefahr gibt, der auch mit Aufarbeitung vergangener Fehler begegnet werden muss.

Wir werden als Hamburger Bündnis gegen Rechts auch in der Zukunft nicht lockerlassen und fordern Euch auf, Eure Abgeordneten an den LMV-Beschluss zu erinnern und auch Euren Koalitionspartner von der Notwendigkeit konsequenter Aufklärung zu überzeugen.

Aufklärung verjährt nicht!

Hamburger Bündnis gegen Rechts